

**Beschluss des Grünen Kreisverbandes Tübingen zur aktuellen
Flüchtlingssituation in Deutschland, verabschiedet auf der
Kreismitgliederversammlung am 28. Oktober 2015**

Es ist nicht einfach: Aber wir kriegen das hin!

Der Grüne Kreisverband Tübingen spricht seine Solidarität mit den Flüchtlingen aus, die in den letzten Monaten hier in Deutschland Schutz gefunden haben und derzeit suchen. Das Grundrecht auf Asyl darf nicht zur Debatte gestellt werden, es ist ein Menschenrecht. Wir erkennen die Herausforderungen an, die für BürgerInnen, Politik und Verwaltung entstanden sind. Wir stehen hinter der Aussage von Winfried Kretschmann, dass „das Boot niemals voll“ ist, und haben Respekt vor der Haltung der Kanzlerin „Wir schaffen das“.

Derzeit tragen die ärmsten Länder der Welt die größte Flüchtlingslast. Wer wenn nicht wir – eine der wohlhabendsten Regionen der Welt – könnten eher die derzeitige Flüchtlingssituation meistern?

Die Flüchtlingssituation lässt sich nicht durch Mauern, Grenzzäune und Transitzone lösen, sondern allein durch

- Solidarität der EU-Staaten unter Koordination der EU-Institutionen,
- Unterstützung für die Aufnahmeländer der Flüchtlinge,
- verstärkte Anstrengungen, die Konfliktfelder im Nahen Osten (Syrien, Irak...) durch internationale Zusammenarbeit zu lösen,
- Verdopplung der Entwicklungshilfe auf das erklärte Ziel von 0,7% des Bruttoinlandsproduktes sowie verstärkte Friedensarbeit in den afrikanischen Hauptflüchtlingsländern Eritrea, Somalia, Sudan und Gambia.

Wir fordern den sofortigen Stopp deutscher Waffenlieferungen in den Nahen Osten, den arabischen Raum und die Türkei.

Wir begrüßen die beschlossenen und dringend benötigten Finanzhilfen des Bundes an Länder und Kommunen. Wir lehnen allerdings ab, dass für Flüchtlinge Sachleistung statt Geld das Prinzip sein soll. Zugleich kritisie-

ren wir die Ausdehnung des Arbeitsverbotes auf sechs Monate. Integration findet auch über die berufliche Tätigkeit statt. Sie gibt den Flüchtlingen die Möglichkeit, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen, anstatt von staatlichen Alimenten abhängig zu sein.

Wir lehnen die beschlossene Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf Kosovo, Albanien und Montenegro ab. Diese Deklaration führt lediglich zu einer 10-minütigen Verkürzung der Bearbeitungszeit. Es handelt sich um eine populistische Maßnahme ohne erkennbaren Nutzen, die das Asylrecht unnötig aushöhlt. Wir unterstützen die vorgesehenen Erleichterungen der Arbeitsmigration aus den westlichen Balkanstaaten.

Wir fordern, Mittel für die Stärkung der sozialen Betreuung und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus bereitzustellen. Wir haben in den vergangenen Jahren bereits die Bankenkrise erfolgreich gemeistert. Allein für die Rettung der Hypo Real Estate wurde binnen Wochen 130 Mrd. Euro bereitgestellt. Wenn wir Banken retten können, können wir auch Menschen retten!

Wir fordern, die notwendigen finanziellen Ressourcen bereitzustellen, um die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in ihrer Arbeit zu unterstützen und weiter zu qualifizieren. Das Ziel muss sein, professionelle Strukturen aufzubauen, die eine nachhaltige Integration der Flüchtlinge in die Zivilgesellschaft und in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Das Gebot der Stunde ist, den Zusammenhalt zwischen den Flüchtlingen und der Zivilgesellschaft zu stärken. Wir lehnen daher jegliche Stimmungsmache auf Kosten der Flüchtlinge ab. Wir sprechen vielmehr den Ehren- und Hauptamtlichen unseren großen Respekt und Dank aus, die im Moment unermüdlich helfen, um die Lage der Flüchtlinge zu verbessern.

- Der Kreisverband Tübingen von Bündnis 90/Die Grünen -